

# Redebeitrag der WSD zum Haushalt der Stadt Hofgeismar für 2023

12. Dezember 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

trotz vieler Unwägbarkeiten werden wir heute, also noch im alten Jahr, einen Haushaltsplan verabschieden, der ab Beginn des neuen Jahres Wirkung entfalten kann.

Dafür danke ich unserer Verwaltung, allen voran Herrn Becker, der mir langsam wirklich Angst macht, weil er jedes Jahr eine Schippe draufsetzt und den gesamten Prozess noch besser und transparenter macht. In diesen Dank schließe ich ausdrücklich auch unseren Bürgermeister ein. Sehr gut ist, dass auch die Bürger frühzeitig, z.B. in *Hofgeismar aktuell*, sachlich und frei von Selbstlob über die Eckdaten des Haushaltes informiert wurden. Das finden wir seitens der WSD lobenswert, auch wenn die Pressemitteilung noch Optimierungspotential hinsichtlich der Verständlichkeit bietet. Nicht jeder Leser versteht verwaltungstechnische Finanzbegriffe.

Lobenswert ist auch, dass alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung wie auch die Ortsbeiräte frühzeitig vor der Aufstellung des Haushaltsentwurfes in die Planung einbezogen wurden. Ein Meilenstein war zudem die Informationsveranstaltung, in der sich alle Fraktionen gemeinsam – meines Wissens erstmalig in der Geschichte des Hofgeismarer Stadtparlaments – den Haushaltsentwurf erläutern ließen. Durch den Verzicht auf mehrere fraktionsinterne Veranstaltungen wurden nicht nur wertvolle Ressourcen gespart, sondern wir haben uns auch gegenseitig mit unseren Fragen bereichert. Dafür danke ich ausdrücklich allen Fraktionen und ich würde mich freuen, wenn daraus eine Tradition erwächst.

Das war es aber auch schon, was ich Positives zu unserem Haushalt berichten kann. Damit kein Missverständnis aufkommt, handwerklich ist der Entwurf gut und die WSD wird auch keine Änderungsanträge einbringen oder gar den Haushalt ablehnen.

Aber seitens der WSD können wir dennoch nicht mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf zufrieden sein! Denn der Haushalt deckt gnadenlos auf, woran unsere Stadt und vor allem unsere Gesellschaft krankt.

Ich engagiere mich in der Kommunalpolitik – und ich glaube, hier darf ich auch für Sie alle sprechen –, weil ich gestalten und die Lebensbedingungen in unserer Stadt optimieren möchte. Doch stattdessen werde ich dazu degradiert, Mangel zu verwalten, weil die finanziellen Spielräume für das Gestalten fehlen.

Die Bundespolitik mit ihren hochbezahlten Repräsentanten wird nicht müde, bei ihren vielen öffentlichen Auftritten die Bedeutung der Kommunalpolitik zu loben. Die Bundeszentrale für politische Bildung schreibt sogar, *„dass die Kommunen elementare Bedeutung für das Leben ihrer Bewohnerinnen und Bewohner haben. Durch die Art, wie sie ihren Anforderungen gerecht werden, beeinflussen sie die soziale und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Das bedeutet große Verantwortung für die gewählten Kommunalvertreterinnen und -vertreter.“*

Hehre Worte, doch leider lässt die Bundes- wie auch die Landespolitik uns Kommunalpolitiker im Regen stehen. Die Kommunen sind chronisch unterfinanziert, viele befinden sich gar unter dem sogenannten Rettungsschirm. Dennoch werden weiterhin zahlreiche Aufgaben auf die Kommunen abgewälzt, ohne dort eine ausreichende Finanzierung sicherzustellen.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges haben diesen Sachverhalt gnadenlos aufgedeckt und sogar verschärft. Inflation und allgemeine Preissteigerungen überfordern die finanziellen Möglichkeiten vieler Kommunen nicht nur hoffnungslos.

In Folge verdoppeln sich die Netto-Schulden der Stadt Hofgeismar in 2023 auf insgesamt 4,96 Mio. EUR und das, obwohl wir in den letzten Jahren immer sorgfältig gewirtschaftet haben.

Dieser Schuldenzuwachs verdeutlicht drastisch, wie sehr sich unsere Gestaltungsmöglichkeiten immer mehr reduzieren. Schon jetzt können wir Bauvorhaben – wie z.B. den Bau des neuen Kindergartens am Reithagen – nur noch mit Fördermitteln realisieren. Das klingt für Sie vielleicht wenig dramatisch, bedeutet aber, dass unsere Politik vor Ort über Fördertöpfe fremdgesteuert wird. Statt die Schwerpunkte unseres Handelns selbst bestimmen zu können, müssen wir nach Förderquellen schielen, die ihre Finanzleistungen oft an vielfältige Auflagen binden. Überbordende Bürokratie und zahlreiche neu zu bildende Arbeitsgruppen sind die Folgen, die nicht nur unsere Verwaltung sondern auch die ehrenamtlichen Strukturen in der Kommunalpolitik zusätzlich belasten, ich sage sogar überlasten. Hier nenne ich beispielhaft die hessischen Förderprogramme zur städtebaulichen Entwicklung der Innenstädte (ISEK) und der Dorfentwicklung (IKEK). Profitiert haben davon letztendlich nur die teuren Planungsbüros. Denn die Umgestaltung der Fußgängerzone hat bislang nicht zu der uns versprochenen Belebung der Innenstadt geführt. Und wer glaubt, dass die in den Stadtteilen aktuell geplanten Begegnungspunkte die dortige Lebensqualität maßgeblich steigern werden, glaubt wahrscheinlich auch noch an den Weihnachtsmann.

Da klingt es schon wie Hohn, wenn die HNA am 6.12.2022 von einem Geldsegen für die Kommunen berichtet. So soll die Stadt Hofgeismar 248 TEUR für die bautechnische Ertüchtigung ihrer Innenstadt erhalten, damit diese – ich zitiere – *„ein attraktiver und identitätsstiftender Standort für Wohnen, Arbeiten, Wirtschaft und Kultur bleibt“*. Gleichzeitig müssen wir jedoch den Brunnen in der Marktstraße abreißen, weil wir die zukünftig von den Bauvorschriften veranlagte Wasserfilteranlage finanziell nicht stemmen können. Stattdessen werden Steuergelder in fragwürdige Projekte versenkt, weil die Fördermittel halt ausgegeben werden müssen. Als Beispiel nenne ich hier den sogenannten Bewegungspark auf der Bleiche, auf dessen Geräten ich wirklich noch nie Menschen gesehen habe.

Doch für große, vor allem sinnvollere Maßnahmen fehlt uns das Geld. Stattdessen erhöhen sich unsere Zahlungsverpflichtungen, wie z.B. die Kreisumlage, um in der Landkreisverwaltung eine aufgeblähte Personalstruktur zu finanzieren, die nach den letzten Wahlen noch einmal um einige Versorgungsposten unnötig vergrößert wurde. Wenn dann wenigstens die Arbeitsergebnisse stimmen würden! Doch stattdessen haben wir im Landkreis ein marodes Straßennetz, das so schlecht ist, dass man in einem Pkw am Poltern förmlich spüren kann, wann man die Landesgrenzen nach NRW oder Niedersachsen überfährt. Auch auf eine lückenlose Abdeckung des Mobilfunknetzes warten wir seit Jahren vergebens. Stattdessen kommen nun auch noch Funklöcher im ÖRR hinzu, weil die alten UKW-Sender nach und nach abgeschaltet werden. Auch die Preisreform im ÖPNV ist kein Ergebnis erfolgreicher Landkreispolitik, sondern allein den Auswirkungen der Corona-Pandemie zu verdanken. Dennoch bleibt der ÖPNV ein Sorgenkind. Nur für Menschen, die unmittelbar an einer Bahnstrecke wohnen, gestaltet sich das NVV-Angebot attraktiv und auch nur dann, wenn Ziele in der Kasseler Innenstadt erreicht werden sollen. Für die Bewohner in unseren Stadtteilen mit Ausnahme von Hümme bleibt daher der individuelle Autoverkehr leider meist alternativlos.

Neben der Kreisumlage muss die Stadt Hofgeismar auch eine Schulumlage in Höhe von 5,8 Mio. EUR zahlen, eine Steigerung von rund 750 TEUR. Gleichzeitig finanziert die Stadt auch die KITAs, was weitere 3,8 Mio. EUR ausmacht. Summa summarum wird somit allein die Stadt Hofgeismar rund 10 Mio. EUR für die Betreuung und Ausbildung unserer Kinder zahlen müssen. Das ist ohne Zweifel gut investiertes Geld, aber dennoch muss die Frage erlaubt sein, was trägt eigentlich das Land zur Bewältigung der kommunalen Aufgaben bei.

Tatsächlich streicht das Land über Steuern und Umlagen viel Geld ein, um dann einen Teil davon gönnerhaft wieder den Kommunen als Fördermittel anzubieten. Allerdings bestimmt dann das Land über die Förderrichtlinien, wie diese Gelder eingesetzt werden dürfen.

Die Absurdität dieser Förderpolitik verdeutlicht ein anderer Fall. Um Fördermittel für den Neubau bzw. die Sanierung unserer Stadthalle beantragen zu dürfen, muss die Stadt zuvor einen Architekten beauftragen, der ein Honorar von deutlich über 1 Mio. EUR kosten wird. Ob wir dann jemals Fördermittel und in wenn in welcher Höhe erhalten werden, steht in den Sternen. Der Nordhesse hat dafür eine Redensart: Wir müssen mit der ahlen Wurscht nach dem Schinken werfen!

Wie weit diese Missachtung der kommunalen Politik geht, hat unser Ministerpräsident bei seiner diesjährigen Sommerreise durch Hessens bewiesen, als er lediglich den Tierpark besuchte. Ein Ohr für die Nöte und Sorgen der Kommunen hatte Herr Rhein leider nicht. Auch den Besuch der Baustelle Sababurg vermied er tunlichst, um nicht mit dem Versagen seiner Landespolitik konfrontiert zu werden. Vermutlich sprach Herr Rhein auch deshalb nur mit den Erdmännchen, denn von denen waren keine unangenehmen Fragen zu befürchten.

Die Missachtung unserer Region durch die Landespolitik erfahren wir aktuell auch durch den für 2023 vorgesehenen Landeshaushalt, der die Fördermittel u.a. für den Naturpark Reinhardswald um rund 19 TEUR kürzen will. Die sich daraus ergebende Finanzierungslücke müssen dann die Anrainerkommunen stemmen, also auch wir! Gleichzeitig erfahren die Naturparks in Südhessen deutliche Steigerungen.

Weitere Fälle belegen die von der Landespolitik gewollte Benachteiligung unserer Region: Erst sollte die Kalilauge eines börsendotierten Unternehmens bei uns verklappt werden und jetzt soll unsere Region überproportional die Lasten der sogenannten Energiewende ertragen. Denn um den dogmatischen Koalitionsvertrag zu erfüllen, sollen der Reinhardswald und die angrenzenden Freiflächen wie z.B. bei Hombressen und Carlsdorf mit riesigen Windkraftanlagen zugestrichelt werden. Und zu allem Überfluss soll jetzt auch noch in Würgassen atomarer Müll zwischengelagert werden. Gerade zu der letztgenannten Thematik schweigt unsere Landesregierung auffällig.

Doch statt Rückhalt erfahren wir, dass wir als Kommunalpolitiker ungeahndet bedroht und erpresst werden dürfen, wie es z.B. die WPD gemacht hat, weil sie mit Unterstützung der Landesregierung Windkraftanlagen auf unserem Heuberg errichten will.

Aber auch andere Institutionen üben schamlos Druck auf unser Stadtparlament aus. Ich erinnere hier nur an das Prozedere für den Bau eines neuen Krankenhauses in Hofgeismar. Was wurde uns damals alles erzählt, wie groß der Druck sei und wie fatal die Folgen, wenn die Stadt nicht die guten Absichten des Landkreises und des Klinikums Kassel unterstützen werde. Wahre Endzeitszenarien wurden uns ausgemalt. In Folge mussten wir uns in mehreren Sondersitzungen mit den Vor- und Nachteilen möglicher Standorte beschäftigen. Letztendlich hat der Landkreis dann langfristig ein Grundstück im Industriegelände am Jahnsportplatz gepachtet, dessen Kosten so abstrus hoch sind, dass die Öffentlichkeit nichts davon erfahren sollte. Hat sie aber doch! Und was hat all der Aufwand gebracht? Nichts! Die Baupläne wie auch der Geschäftsführer des Kasseler Klinikums verschwanden wieder in der Schublade und die Planungen dümpeln vor sich hin. Und in der angeblich abbruchwürdigen Kreisklinik wird weiterhin behandelt. Aber der genannte Pachtvertrag muss weiterhin bedient werden, und wird auch von uns über die Kreisumlage finanziert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, angesichts dieser Entwicklungen kann ich schon verstehen, dass sich viele Menschen von der Politik verdrossen abwenden. Wir als Kommunalpolitiker haben den unmittelbaren Kontakt zu unseren Bürgerinnen und Bürgern, stehen quasi in der ersten Reihe und müssen uns entsprechend oft den Unmut anhören, ohne dass wir die Rahmenbedingungen maßgeblich beeinflussen können. Das frustriert!

Trotz dieses Frustes hoffe ich, dass der vorliegende Haushaltsentwurf wenigstens einige Monate Bestand haben wird. Doch so richtig kann ich daran nicht glauben. Zum einen sind meines Erachtens die Annahmen hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung zu optimistisch, zum anderen hat der Landkreis selbst noch keinen eigenen Haushalt vorgelegt und somit nicht formuliert, welche Belastungen er auf die Städte und Kommunen abwälzen will. Und zuletzt stehen die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst an. Die Ergebnisse werden den städtischen Haushalt zusätzlich belasten. Somit wird der finanzielle Spielraum weiter schrumpfen.

Mit Sorge frage ich mich, wie wir angesichts dieser Situation unsere zukünftigen Aufgaben erfüllen wollen? Wie wollen wir die Sanierung der vielen maroden Straßen in unserer Stadt finanzieren? Hier nenne ich beispielhaft die Mauerstraße, die durch die aktuellen Bauarbeiten in dem Flötenlinder und dem Löffelburger Weg zusätzlich extrem belastet wird. Wie soll die dringend notwendige Instandsetzung der Stadthalle finanziert werden? Auch hier erinnere ich daran, wieviel Energie und auch Geld wir in die Planungen für einen Bau einer neuen Stadthalle und die Suche nach möglichen Standorten investiert haben. Auch diese Pläne verschwanden mangels Finanzierbarkeit still und kläglich in den Schubladen. Angesichts dieser Situation schmerzt es, wie viele Millionen im Projekt Markt 5 versenkt wurden, ohne dass die Stadt davon einen spürbaren Mehrwert haben wird.

Zusammengefasst müssen wir uns weiterhin in der Mängelverwaltung üben und auf Almosen hoffen, die uns das Land in Form von Förderprogrammen zuwirft!

Das sind wahrlich keine rosigen Aussichten!

Stefan Dworak

Vorsitzender der WSD-Fraktion